

Birgit Hofmann

Zurück an die Arbeit? Die Universität Heidelberg und die in der NS-Zeit aufgrund ihrer jüdischen Herkunft¹ entlassenen Wissenschaftler nach 1945

In der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg erinnert eine Gedenktafel an jene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nach 1933 aus der Institution ausgegrenzt wurden.² Die aus „rassischen“ Gründen Entlassenen waren in der Regel jüdischer Herkunft.³ Mit ihnen wurden in der NS-Zeit weitere, etwa mit jüdischen Ehepartnern verheiratete Universitätsmitglieder von ihren beruflichen Positionen vertrieben. Äußerst wenige Betroffene kehrten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in ihre alten Positionen zurück.⁴ Wie gestaltete sich das

- 1 Einige Wissenschaftler wurden auch aufgrund jüdischer Ehepartnerinnen entlassen. Der „Tatbestand“, der für diese Entlassungen verantwortlich war, wurde im Nazi-Jargon als „jüdisch versippt“ bezeichnet. Dieser Begriff wird hier selbstverständlich als historischer verwendet. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden so Personen bezeichnet, die mit Juden und Jüdinnen (ebenfalls gemäß der im „Dritten Reich“ vorherrschenden Definitionen) verheiratet waren. Erstmals wurden Ehepartner am 30. Juni 1933 in die rassistische Gesetzgebung einbezogen, hier bei Anwärtern auf das Beamtentum.
- 2 Vgl. grundlegend Mußgnug, Dorothee: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988; ferner die Ausstellung „Juden an der Universität Heidelberg“, abrufbar unter: <http://www.tphys.uni-heidelberg.de/Ausstellung/show.cgi?de> [Zugriff: 01.08.2016]. Vgl. auch Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Die im Dritten Reich entrechteten und vertriebenen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Biographische Porträts, Heidelberg 2009.
- 3 Vgl. Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 40, 139, 148, 182-184, 271
- 4 Für Deutschland insgesamt vgl. Lühe, Irmela von der/Schildt, Axel/Schüler-Springorum, Stefanie: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): „Auch in Deutschland waren wir nicht wirk-

stigmatisierende Berufsverbot, das Teil einer umfassenden Verdrängungs-, Verfolgungs-, und schließlich Vernichtungspolitik war, wie wirkte es sich auf die Tätigkeit der Wissenschaftler aus? Um dieser Frage nachzugehen, scheint das Beispiel der Ruprecht-Karls-Universität besonders geeignet. Heidelberg hatte vor der sogenannten „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten einen glänzenden Ruf als liberale Universität genossen.⁵ Nur wenige Professoren waren vor 1933 Mitglieder der NSDAP gewesen. Lange hielt sich daher nach 1945 die Vorstellung, die Universität Heidelberg sei vom Nationalsozialismus gleichsam überrollt worden.⁶ Doch erzählen die Quellen eine etwas andere Geschichte. Nicht nur war an der Ruperto Carola etwa ein Viertel des wissenschaftlichen Personals entlassen worden, womit sie zu den am stärksten von den nationalsozialistischen „Säuberungen“ betroffenen Universitäten in Deutschland gehörte.⁷ Auch war hier der Umbau zur „Führeruniversität“ vergleichsweise früh erfolgt. Gleichzeitig waren allerdings am Wiederaufbau der Universität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch Persönlichkeiten wie der Philosoph Karls Jaspers maßgeblich beteiligt, der aufgrund seiner jüdischen Ehefrau in der NS-Zeit mit Berufsverbot belegt worden war.⁸

lich zu Hause“. Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008; Krauss, Maritta: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001, S. 73-79.

- 5 Vgl. grundlegend Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike: Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006.
- 6 Vgl. hierzu kritisch Steven P. Remy: The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University, Cambridge/London 2002, S. 116 f.
- 7 Damit lag Heidelberg an dritter Stelle nach Berlin und Frankfurt, was die Höhe der „Säuberungs“-Zahlen betraf; eine frühe Berechnung stammt von Harthorne, Edward Y.: The German Universities and National Socialism, London 1937; zur aktuellen Bewertung vgl. Grüttner, Michael/Kinas, Sven: Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 55 (2007) 1, S. 123-186; ferner Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 280 f.; zum Vergleich siehe Martin, Bernd: Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Freiburger Universitätsblätter, 3 (1995) 129, S. 7-46, hier bes. S. 27-29.
- 8 Vgl. Heß, Jürgen C. et al. (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, vgl. darin die folgenden Aufsätze: Gerhardt, Uta: Die amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945-1946, S. 28-53; Sellin, Volker: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, S. 91-106; Beyme, Klaus von: Karl Jaspers – Vom philosophischen Außenseiter zum Praeceptor Germaniae, S. 130-149; Jansen, Christian: Mehr pragmatisch denn liberal. Politische Initiativen und Argumentationsmuster von Walter Jellinek, Gustav Radbruch und Willy Hellpach im Kontext der Wiedereröffnung der Universität Heidelberg, S. 173-196; Muller, Jerry Z.: How Vital was the Geist in Heidelberg in 1945? Some Skeptical Reflections, in: Heß et al. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 197-202.

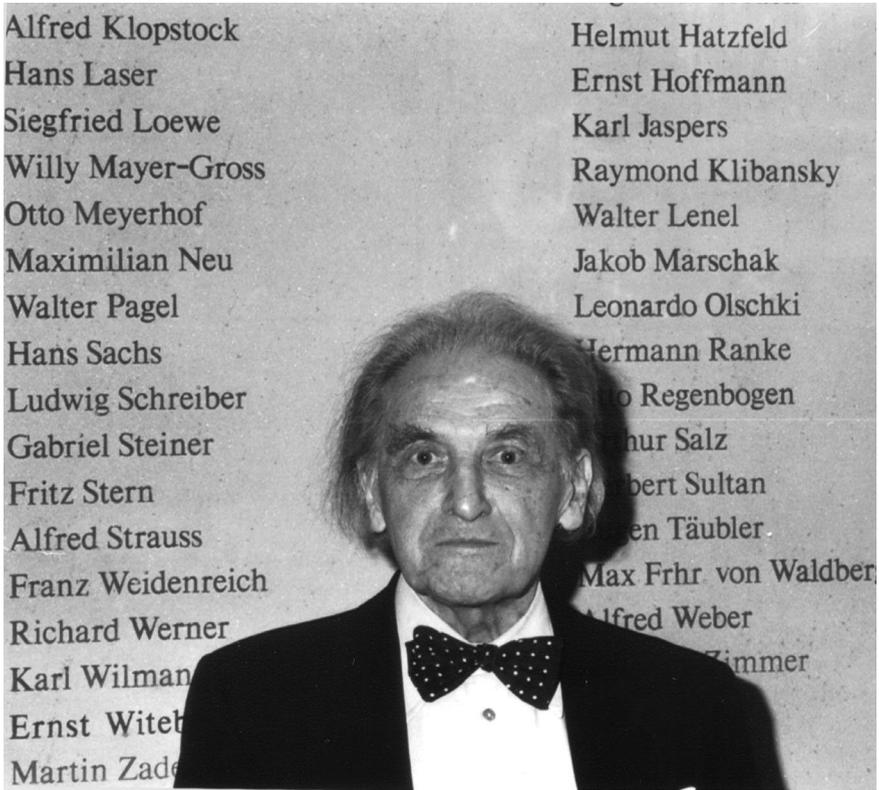


Abb. 1 Raymond Klíbansky vor der Gedenktafel in der Ruprecht-Karls-Universität (UAH/Schwarz.bmp)⁹

9 Die Gedenktafel existiert seit 1993, an der Universität Freiburg gibt es seit einigen Jahren eine ähnliche Tafel. Das Bild zeigt den Philosophen Raymond Klíbansky (1905-2005) bei einem Besuch in Heidelberg vor der Tafel, 17.5.1994, Foto: Universitätsarchiv Heidelberg (UAH)/Schwarz, Pos I 04101. Für die Möglichkeit, diese Fotografie abzdrukken, bin ich dem Universitätsarchiv Heidelberg sehr zu Dank verpflichtet. Insbesondere danke ich dem Fotografen Dr. Schwarz, der mir liebenswürdigerweise zudem erzählte, wie das Bild zustande kam. Vgl. auch Klíbansky, Raymond: Erinnerung an ein Jahrhundert. Gespräche mit Georges Leroux, Freiburg 2001, S. 161.

Im Folgenden soll die Frage nach Ausschluss und Rückkehr „an die Arbeit“ aus der Perspektive einer Intellektuellengeschichte von Minderheiten beleuchtet werden.¹⁰ Dabei kann keine summarische Aufarbeitung geleistet werden. Vielmehr geht es um die anhand von Einzelbeispielen vorgenommene Reflexion auf das Verhältnis einer von den Nationalsozialisten als „rassisch“ unerwünscht gebrandmarkten Minderheit zu ihrer Arbeit. Anknüpfend an wesentliche Vorarbeiten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wie etwa die Studie Dorothee Mußnugs,¹¹ wurden für diesen Beitrag Selbstzeugnisse der Dozierenden, von denen einige erst in den vergangenen Jahren erschienen sind, sowie Dokumente aus dem Universitätsarchiv Heidelberg (UAH) genutzt.

Von der Arbeit abgeschnitten – die berufliche Ausgrenzung der jüdischen Minderheit an der Universität Heidelberg nach 1933

Der gleichberechtigte Zugang zur Arbeit ist eine wesentliche Grundlage gesellschaftlicher Anerkennung, der Minderheiten in Europa historisch oft verwehrt blieb. Dieser Zusammenhang ist gerade in der Geschichte der deutschen Juden evident. Im Kaiserreich war es zur staatsbürgerlichen Gleichstellung der jüdischen Minderheit gekommen, und es waren viele berufliche Schranken und Zugangsbeschränkungen gefallen. Dennoch hielt sich in vielen Institutionen, dies galt gerade auch für die Universitäten, ein elitärer Antisemitismus.¹²

10 Darunter verstehe ich den Ansatz die Rolle von Intellektuellen vor dem Hintergrund ihrer Minderheitenzugehörigkeit zu reflektieren. Vgl. zum Begriff Intellektuellengeschichte Morat, Daniel: Intellektuelle und Intellektuellengeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia Zeitgeschichte, 20.11.2011, abrufbar unter:

https://docupedia.de/zg/Intellektuelle_und_Intellektuellengeschichte

[Zugriff: 01.08.2016]. Vgl. Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten; zur Universitätsgeschichte siehe Eckart/Sellin/Wolgast: Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus.

11 Vgl. grundlegend Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten.

12 Vgl. als interessante Studie zur jüdischen Minderheit und Arbeitsstrukturen Barkai, Avraham: Jüdische Minderheit und Industrialisierung: Demographie, Berufe und Einkommen der Juden in Westdeutschland 1850-1914, Tübingen 1988. Zur Universität Tübingen siehe Paletschek, Sylvia: Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart 2001; zu Tübingen, in dem es vor 1933 erheblichen Antisemitismus an der Universität gab, vgl. auch Wiesing, Urban et al. (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus, Stuttgart 2010; vgl. für Freiburg Martin: Die Entlassung, S. 13.

Die Universität Heidelberg zog aufgrund ihres liberalen Rufs¹³ daher überdurchschnittlich viele jüdische Studierende und Intellektuelle an.¹⁴

Es war auch dieses Image der Universität Heidelberg, auf das die Nationalsozialisten nach 1933 zielten. So heißt es in einem Zeitungsartikel von 1936 über die Zeit vor der „Machtergreifung“: „Heidelberg war in der Tat *eine jüdische Hochschule* [Hervorh. B.H.]“.¹⁵ Innerhalb der folgenden Jahre wurde der Antisemitismus zur Grundlage des Umbaus der Universität in eine, so der erwähnte Artikel der NS-Zeitung, „deutsche“.¹⁶ Hinter diesen Worten, die auf zynische Weise ein Gegensatzpaar „deutsch“ versus „jüdisch“ konstruierten, verbarg sich eine drastische Politik der Ausgrenzung, welche die Hochschulen rasch und rückhaltlos erfasste: So wurden alle „rassisch“ unerwünschten Dozenten und Professoren in

- 13 Hierzu zählte, dass einige Professoren zu den Verteidigern der demokratischen Weimarer Republik zählten und es vor 1933 innerhalb des Lehrkörpers kaum offen antisemitische und nationalsozialistische Positionen gab. Ferner hatte Antisemitismus laut Eike Wolgast „bei Berufungen und Habilitationen in Heidelberg kaum eine Rolle gespielt“, Wolgast, Eike: Die Universität Heidelberg 1386-1986, Heidelberg 1986, S. 143. Offener Antisemitismus manifestierte sich zunehmend innerhalb der Studentenschaft, vgl. etwa hierzu Jansen, Christian: Der „Fall Gumbel“ und die Heidelberger Universität 1924-32, Heidelberg 1981, abrufbar unter: <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/13154/1/jansen.pdf> [Zugriff: 01.08.2016]; vgl. auch Benz, Wolfgang: Emil J. Gumbel. Die Karriere eines deutschen Pazifisten, in: Walberer, Ulrich (Hrsg.): 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen, Frankfurt 1983. Auch Raymond Klibansky schrieb: „In Heidelberg trat der Antisemitismus nur selten zutage.“ Klibansky, Raymond: Erinnerung an ein Jahrhundert. Gespräche mit Georges Leroux, Frankfurt am Main 2001, S. 88.
- 14 Vgl. Giovannini, Norbert: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten, 1918-1945, Weinheim 1990; Wennemuth, Udo: Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik, in: Blum, Peter (Hrsg.): Geschichte der Juden in Heidelberg, Heidelberg 1996, S. 348-440, hier S. 407. Wolgast: Die Universität Heidelberg 1386-1986, S. 143. Die Vorurteile gegenüber Juden an der Universität vor 1933 beschreibt auch Gerta von Ubisch, vgl. Richter, Susan/Schlechter, Armin: Zwischen allen Welten. Die Lebenserinnerungen der ersten Heidelberger Professorin Gerta von Ubisch, Memmingen 2011, bes. S. 76 ff. Vezina, Birgit: Die „Gleichschaltung“ der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, Heidelberg 1982, S. 22 f. Der Anteil jüdischer Hochschullehrer, inklusive der zum Christentum konvertierten, wird für 1932 auf etwa 15 % geschätzt, vgl. Schaff-rod, Petra/Dörflinger, Gabriele (Hrsg.): Juden an der Universität Heidelberg. Dokumente aus sieben Jahrhunderten, Heidelberg 2012, S. 138.
- 15 Wiedemann, Herbert: „Judenverfolgungen in Heidelberg“, in: Volksgemeinschaft, 8.2.1936. Der Autor geht im Artikel auf Vorwürfe von Seiten der Londoner „Times“ hinsichtlich der Verfolgung und Ausgrenzung jüdischer Dozenten ein. Hier wird u.a. auch auf den Fall Gumbel verwiesen. Es sei, so die Argumentation des Artikels, „eine schwierige und langwierige Arbeit“ gewesen, die Hochschule „wieder in eine deutsche Hochschule umzugestalten“.
- 16 Ebd.

mehreren Schritten bis etwa 1940¹⁷ aus dem Universitätsdienst verdrängt. Der Ausschluss traf viele „fast unvorbereitet“, wie sich die Heidelberger Biologieprofessorin Gerta von Ubisch später erinnerte.¹⁸

Grundlage der Ausschlüsse war in Baden zunächst eine Proklamation vom 5. April 1933,¹⁹ die eine Beurlaubung aller jüdischen Staatsbediensteten vorsah.²⁰ Dieses Vorgehen ließ Heidelberg neben Freiburg eine Pionierrolle in der Umgestaltung der Institution zur „Führeruniversität“ einnehmen. Es folgten rasch Gesetze auf Reichsebene,²¹ so am 7. April 1933 das Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.²² Dieses betraf neben politisch unerwünschten bereits als „nichtarisch“ gebrandmarkte Personen jüdischen Hintergrunds wie etwa den Ordinarius für Romanische Philologie Leonardo Olschki²³ oder außerordentliche Professoren wie den Volkswirt Arthur Salz²⁴, sogar Lehrbeauftragte waren betroffen – wie Marie Baum, Pionierin der Sozialarbeitsforschung.²⁵ Baum empfand die Entlassung der jüdischen Universitätsmitglieder als „Ausstoßung“²⁶ und bemerkte über ihren eigenen Fall: „Im Laufe des Sommers folgte die ‚Säuberung‘ der Universität; auch ich durfte, weil meine 20 Jahre vor meiner Geburt

17 Zum Hintergrund vgl. Mommsen, Hans: *Beamtentum im Dritten Reich*. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966; Wolgast: *Die Universität Heidelberg*, S. 142 ff.; Vezina: *Die „Gleichschaltung“ der Universität Heidelberg*, S. 19 ff.

18 Richter/Schlechter: *Zwischen allen Welten*, S. 89; vgl. Mußgnug: *Die vertriebenen Dozenten*, S. 85. Dies hing auch damit zusammen, dass gerade viele jüdische Akademiker christlich getauft waren und vielfach wenig Bezug zur jüdischen Religion hatten.

19 Martin: *Die Entlassung*, S. 12.

20 Hier bereits nach den NS-Rassekriterien, d.h. unabhängig von konfessioneller Zugehörigkeit. Vgl. Vezina: *Die „Gleichschaltung“ der Universität Heidelberg*, S. 26 ff.

21 Noch vor der eigentlichen Gesetzgebung hatten einige Professoren, die im Kreuzfeuer der Angriffe standen, ihre Emeritierung beantragt. So Gerhard Anschütz, Ordinarius für öffentliches Recht; ferner der Soziologe Carl David Alfred Weber, vgl. Mußgnug, *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, S. 19-21; Wolgast: *Die Universität Heidelberg 1386-1986*, S. 144.

22 Das NS-Gesetz bildete die bundesweite Basis für die Entlassung jüdischer Hochschullehrer, denn hier hieß es unter § 3, 1: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen“. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, abgedruckt u.a. in Martin: *Die Entlassung*, S. 31-32, hier S. 31. Zu den Entlassenen der ersten Phase vgl. auch Wolgast: *Die Universität Heidelberg 1386-1986*, S. 53; Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, S. 54.

23 Vgl. Mußgnug: *Die vertriebenen Dozenten*, S. 26, 181-186.

24 Vgl. ebd., S. 37, 170-173.

25 Zu diesem Beispiel und anderen siehe Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, S. 23.

26 Baum, Marie: *Rückblick auf mein Leben*, Heidelberg 1950, S. 275 f.

gestorbene Großmutter eine Mendelssohn-Bertholdy gewesen war, meinen Lehr-auftrag nicht fortführen.“²⁷ Und sie schildert die damit verbundenen Gefühle:

„Heute noch kränkt es mich, daß ich, in die neuen ‚Rassegedanken‘ noch nicht eingelebt, eine Eingabe einrichte, in der ich das christliche Bekenntnis der Mendelssohns geltend machte. Auch wird es mir nicht leicht zu bekennen, daß es einer gewissen Zeit bedurfte, bis ich das Gefühl der mir persönlich auferlegten Diffamierung innerlich völlig beiseitege-schoben hatte.“²⁸

In Baums Worten wird zum einen deutlich, wie rasch die „rassische“ Säuberung der Universität zur Durchsetzung kam – und dass nicht alle Universitätsmitglieder, die nun als „jüdisch“ galten, sich selbst als zum Judentum zugehörig fühlten. Die Trennung der Dozierenden in „arisch“ und „nicht arisch“ auf Grundlage des Rassenwahns wurde aber auch durch die NS-Behörden erst sukzessive präzisiert – eine Grenzziehung, die hierarchisch oktroyiert, aber von der Universität auch umgesetzt und vorangetrieben wurde:²⁹ Per Fragebögen, die an Institute und Fakultäten gesandt wurden, wurde eruiert, wer von den neuen Regelungen betroffen und ergo zu entlassen sei. Man tröstete sich und die Betroffenen von Seiten der Universitätsleitung dabei zunächst mit den im Gesetz gelassenen Lücken. Dass die Kriterien der Einteilung und Aussonderung auch der Universitätsleitung vage erschienen, zeigt sich in den Akten des Universitätsarchivs. Hier findet sich ein Zeitungsausschnitt zur ergänzenden Definition des Begriffs „nichtarisch“ durch das Reichsinnenministerium vom September 1933, der offenbar Rektor Willy Andreas, der seit 1932 der Universität vorstand, zur Orientierung diente, da handschriftlich darauf vermerkt wurde: „Mit besonderer Sorgfalt aufzubewahren, da wichtig für die Behandlung solcher Fälle.“³⁰ Rektor Andreas suchte angesichts der nationalsozialistischen „Säuberungs“maßnahmen den Abgleich mit Kollegen auch anderer Universitäten und hatte schon am 10. April 1933 eine Dringlichkeitssitzung des Senats einberufen, jedoch wurden,

27 Ebd., S. 276.

28 Ebd., vgl. auch Scheidle, Ilona: „Eine Folge der gegen Frauen errichteten Schranken“. Marie Baum (1874-1964), in: Bitterolf, Markus/Schlaudt, Oliver/Schöbel, Stefan (Hrsg.): Intellektuelle in Heidelberg 1910-1933. Ein Lesebuch, Heidelberg 2014, S. 27-44.

29 Remy verweist darauf, dass es sich bei der Gleichschaltung sowohl um einen von außen an die Universität herangetragenen wie von innen koordinierten und vollzogenen Prozess handelte, vgl. Remy, Steven P., *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge 2002, S. 12 ff.

30 UAH, Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, B-3026/1, 1933-1935, Der Begriff „nichtarisch“: Eine ergänzende Auslegung, Berlin 16. September. Der Historiker Willy Andreas war kein dezidiert Nationalsozialist, gehörte aber auch nicht den liberalen Kreisen an.

obwohl gegen die nationalsozialistischen Maßnahmen „schwere, grundsätzliche Bedenken“ bestanden,³¹ keine Gegenmaßnahmen ergriffen. Lediglich die Medizinische Fakultät hatte zwei Tage vor der Sitzung ein Memorandum verfasst, in welchem auf die Leistungen jüdischer Gelehrter in ihrem Zuständigkeitsbereich hingewiesen und gegen die Entlassung jüdischer Kollegen Widerspruch eingelegt wurde.³²

Es war gerade das Vorgehen des NS-Staats, tatsächlich zunächst noch keine vollständige und lückenlose „Säuberung“ der Dozentenschaft vorzunehmen, sondern Ausnahmeregelungen für „Beamte [zu schaffen], die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Ersten Weltkrieg gefallen sind“³³, das den Verantwortlichen an der Universität einen Rekurs auf Ausnahmen und damit ein Ausweichen vor der grundlegenden Frage nach der Bedeutung der Maßnahmen ermöglichte.³⁴ Den zunächst im Amt verblieben Professoren und Dozenten wurde jedoch ihre Arbeit auf demütigende Weise verunmöglicht. Sie durften „an keinen Fakultätssitzungen mehr teilnehmen, keine dienstlichen Unterschriften geben, keine Prüfungen abhalten“³⁵. Hinzu traten Vorlesungsboykotte durch die organisierte Studentenschaft – kaum jemand erschien zur Vorlesung, oder umgekehrt, Studentinnen und Studenten kamen in „Massen“ und machten dort „Radau [...], um damit die Vorlesung zum Aufhören zu bringen“.³⁶

31 Vgl. u.a. Eckart/Sellin/Wolgast (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, S. 6 ff.

32 Vgl. zu vereinzelt Protesten etwa das Memorandum der Medizinischen Fakultät, das dafür plädierte, bei der „Beurteilung der Persönlichkeit“ doch „unsachliche Gesichtspunkte auszuschalten“. Hinsichtlich der „Judenfrage“ sei eine Selbstbesinnung des „deutschen Volkstums“ zwar notwendig, aber man könne „nicht übersehen, dass das deutsche Judentum teil hat an grossen Leistungen“, Memorandum der Medizinischen Fakultät, 05.04.1933, abrufbar unter: <http://www.tphys.uni-heidelberg.de/Ausstellung/show.cgi?de&D&21&147> [Zugriff: 01.08.2016].

33 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, abgedruckt u.a. in Martin: Die Entlassung, S. 31-32, hier S. 31.

34 Vgl. hierzu auch Hildebrandt, Klaus: Universitäten im „Dritten Reich“. Eine historische Betrachtung, in: Kohnle, Armin/Engehausen, Frank (Hrsg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte, Stuttgart 2001, S. 194-203.

35 Richter/Schlechter: Zwischen allen Welten, S. 92.

36 So erneut die Erinnerung der Zeitzeugin von Ubisch, ebd. Vgl. auch den Brief von Ernst Levy zur Einstellung seiner Vorlesung, „weil kein Hörer erschienen war“ vom 4.5.1935, <http://www.tphys.uni-heidelberg.de/Ausstellung/show.cgi?de&D&24&170> [Zugriff: 02.03.2018].

Seit dem September 1935 galten Juden nicht mehr als so genannte „Reichsbürger“³⁷ und durften kein öffentliches Amt mehr bekleiden. Beim Vorliegen „rassischer“ Gründe gab es keinen Spielraum,³⁸ wie auch den Betroffenen selbst zunehmend klar wurde, die diese Zuschreibung offiziell übernehmen mussten. So schrieb der Romanist Helmut Hatzfeld,³⁹ er ersehe „aus den „Nürnberger Gesetze[n] [...], dass *ich als Dreivierteljude* [Hervorh. B.H.] ohnehin [...] in den Ruhestand trete“, daher „bitte ich, schon beim Eintreffen des neuen Herrn Ordinarius, meine Vorlesungen [...] einstellen zu dürfen.“⁴⁰ Lapidar gibt die Zeitung „Volksgemeinschaft“ am 21. Januar 1936 eine Meldung der „Pressestelle der Universität wieder“, in der es heißt: „Aufgrund der Bestimmung des Reichsbürgergesetzes sind die Professoren Dr. Helmut Hatzfeld, Dr. Walter Jellinek, Dr. Ernst Levy und Dr. Hans Sachs mit 31. Dezember 1935 in den Ruhestand getreten.“⁴¹

Im Jahr 1937 folgte das „Deutsche Beamtengesetz“, demzufolge Beamter nur sein konnte, „wer deutschen oder artsverwandten Bluts [...] ist und mit einer Person gleicher Abstammung verheiratet“.⁴² Dies betraf unter anderen die Pro-

37 Reichsbürgergesetz, in: Deutsches Reichsgesetzblatt, Bd. 1935 Teil I, Nr. 100, S. 1146.

38 So berichtet etwa von Ubisch in ihren Lebenserinnerungen, es habe anfangs noch die Möglichkeit bestanden, in den Fragebögen inkorrekte Angaben zu machen, vgl. Richter/Schlechter (Hrsg.): Zwischen allen Welten, S. 104.

39 Hatzfeld verließ Heidelberg 1938 und wanderte über Belgien in die USA aus, vgl. Christmann, Hans Helmut: Deutsche Romanisten als Verfolgte des Nationalsozialismus – Vermächtnis und Verpflichtung, in: ders./Hausmann, Frank-Rutger (Hrsg.): Deutsche und österreichische Romanisten als Verfolgte des Nationalsozialismus, Tübingen 1989, S. 249-262; Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 65, 265-267.

40 UAH, PA 430, Hatzfeld, Helmut, An Seine Magnifizienz, 18.11.1935.

41 Von der Universität, in: Volksgemeinschaft, 21.01.1936.

42 Dies zufolge des § 25 Deutsches Beamtengesetz, Reichsgesetzblatt 1937 I, S. 39. Eine Liste der Universität Heidelberg nennt folgende Namen: „Zufolge dieser Bestimmung sind mit Ablauf des 31. Dezember 1935 a) in den Ruhestand getreten: Professor Dr. Ernst Levy; Professor Dr. Walter Jellinek; Professor Dr. Hans Sachs; Professor Dr. Helmut Hatzfeld; b) wurde die Lehrbefugnis entzogen: Honorarprofessor Dr. Samuel Brandt; Honorarprofessor Dr. Otto Meyerhof; Honorarprofessor Dr. Max Freiherr von Waldberg; Professor Dr. Willi Mayer-Gross; Professor Dr. Hugo Merton; Professor Dr. Gabriel Steiner; Professor Dr. Josef Zade; Privatdozent Dr. Friedrich Darmstädter; Privatdozent Dr. Herbert Sultan; Privatdozent Dr. Alfred Strauß; sowie die emeritierten Professoren: Professor Dr. Siegfried Bettmann; Professor Dr. Franz Weidenreich; Professor Dr. Wilhelm Salomon-Calvi; Professor Dr. Arthur Rosenthal.“ UAH, Hatzfeld, Helmut, PA 4096, Nichtarische Beamte und Dozenten der Universität Heidelberg, 03.01.1936; vgl. auch Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 57-94.

fessoren Karl Jaspers, Otto Regenbogen und August Grisebach.⁴³ Letztgenannter wie auch Gerta von Ubisch, deren Mutter einen jüdischen Hintergrund hatte, waren Opfer doppelter Ausgrenzung, da sie sowohl aus „rassischen“ Gründen verfolgt wurden, zunächst aber beide auch noch politisch denunziert worden waren. Eine Entlassung aus politischen Gründen konnten beide zunächst abwenden.⁴⁴ Grisebach schrieb damals an einen Freund, er sei „noch im Amt, werde aber in Folge meiner ‚Versippung‘ gerade noch geduldet.“⁴⁵ Zwar konnten Personen, die als „jüdisch versippt“ galten, langfristig im Gegensatz zu jenen, die als „Volljuden“ gezählt wurden, teilweise im Land überleben und waren nicht der gleichen Art der Verfolgung ausgesetzt. Doch wurde oftmals ihre Entlassung aus dem Universitätsdienst von den nationalsozialistischen Behörden mit ähnlicher Akribie vorangetrieben. So beschuldigte man Otto Regenbogen⁴⁶ im Fragebogen der Universität für „die Grossmutter väterlicherseits seiner Ehefrau“ falsche Angaben gemacht zu haben,⁴⁷ was sogar eine Gerichtsverhandlung nach sich zog. Dass der Ausschluss aus der Universität ein massiver Eingriff war, betonten nicht nur die Anwälte Regenbogens, die bemerkten, dass ihr Mandant in Gefahr stehe „auch seinen Beruf zu verlieren, der *ihm Lebensaufgabe* [Hervorh. B.H.] bedeutet“,⁴⁸ sondern sogar das Gericht, das befand, dass „der Angeklagte [...] seines Amtes enthoben wurde, also seelisch schon sehr empfindlich von diesem Falle betroffen wurde“.⁴⁹ Obgleich ihm letztlich die willentliche Täuschung nicht nachgewiesen worden konnte, wurde Regenbogen dennoch entlassen. Er

43 Vgl. Maurer, Golo: August Grisebach (1881-1950). Kunsthistoriker in Deutschland. Mit einer Edition der Briefe Heinrich Wölfflins an Grisebach, Mainz 2007, u.a. S. 109 ff. Die Entlassung folgte im Sommer 1937, Grisebach zog sich innerhalb Deutschlands zurück – in die Gemeinde Timmendorfer Strand, vgl. ebd., S. 129 ff.; Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 96, 200, 214.

44 Vgl. Richter/Schlechter (Hrsg.): Zwischen allen Welten, S. 105.

45 Brief abgedruckt in Maurer: August Grisebach, S. 122.

46 Vgl. Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 102, 211.

47 UAH, PA 5426, Regenbogen, Otto, Der Minister des Kultus und Unterrichts an Herrn Ersten Staatsanwalt Haas, Verhalten des o. Professors Dr. Otto Regenbogen an der Universität Heidelberg, 19.09.1935. UAH, PA 5426, Regenbogen, Otto, Bd. 2, Rechtsanwälte Frhr. Von Campenhausen u.a. an die Staatsanwaltschaft Heidelberg, Das Verhalten des o. Professors Dr. Otto Regenbogen an der Universität in Heidelberg, 28.10.1935. UAH, PA 5426, Regenbogen, Otto, Dienststrafhof für nicht richterliche Beamte in Karlsruhe, Im Namen des deutschen Volkes! Entscheidung Dienstverfahren gegen Dr. Otto Regenbogen, o. Professor der Universität Heidelberg.

48 UAH, PA 5426, Regenbogen, Otto, Bd. 2, Rechtsanwälte Frhr. Von Campenhausen u.a. an die Staatsanwaltschaft Heidelberg, Das Verhalten des o. Professors Dr. Otto Regenbogen an der Universität in Heidelberg, 28.10.1935.

49 UAH, PA 5426, Regenbogen, Otto, Dienststrafhof für nicht richterliche Beamte in Karlsruhe, Im Namen des deutschen Volkes! Entscheidung Dienstverfahren gegen Dr. Otto Regenbogen, o. Professor der Universität Heidelberg.

schrieb 1937 an den Rektor der Universität, er wolle „nicht durch Schweigen den Eindruck einer Einstimmung erwecken, die mir fern liegt.“⁵⁰

Allenfalls symbolische Protestmöglichkeiten und Hilflosigkeit blieben denjenigen, die nun beruflich ausgeschlossen worden waren. Viele, die nun als „Halb“- , „Dreiviertel“- oder „Volljuden“ galten, hätten sich, so von Ubisch, in erster Linie „als Deutsche“ gefühlt.⁵¹ Sie seien nun von ihren Kollegen „aktiv oder passiv im Stich“ gelassen worden.⁵² Innerhalb der Kollegenschaft zog die „Rassengesetzgebung“ rasch deutliche Trennlinien,⁵³ wie auch Edmund Klibansky beschreibt: „In jenen Tagen lud mich der berühmte Professor Rickert ein und fragte mich mit Wohlwollen: ‚Was denken *unsere jüdischen Freunde*?‘ [Hervorh. B.H.]“⁵⁴ Seiner Antwort erinnert Klibansky so: „Meine Antwort ‚Sie schämen sich‘ verstand er falsch: ‚Sie müssen sich nicht schämen.‘ Ich erläuterte ihm, daß sie sich schämten, weil solche Maßnahmen ergriffen worden seien, ohne daß die geistigen Führer der deutschen Elite [...] protestiert hätten. Er fühlte sich angegriffen: ‚Wozu hätte das nutzen sollen?‘“⁵⁵ Tatsächlich blieben Interventionen gegen die Maßnahmen des NS-Staats von Seiten der von diesen nicht betroffenen Professorenschaft die Ausnahme, sahen sich die Ausgeschlossenen vielfach mit Schuldabwehr und Ausweichmanövern konfrontiert.⁵⁶

Zur Schmach einer Entlassung kam die Praxis, den jüdischen Wissenschaftlern die Dokortitel abzuerkennen. Diese Maßnahme, die vor 1933 als Möglichkeit zur Wahrung der Ehre des Titels gedacht war, wurde nun zum Instrument ultimativer Degradierung im Feld der beruflichen Tätigkeit.⁵⁷

50 UAH, PA 5425, PA Otto Regenbogen, Bd. 1, An den Herrn Rektor der Universität Heidelberg, 28.10.1937. Regenbogen betonte ferner: „Aber ich möchte nicht darauf verzichten, daß später bei den Akten der Universität Heidelberg eine voraussichtlich letzte Äußerung von mir zur Sache vorliegt.“, ebd.

51 Richter/Schlechter (Hrsg.): Zwischen allen Welten, S. 100. Dies hätten unter „den Betroffenen“ alle als „Volljuden“ klassifizierten, die sog. „jüdisch Versippten“ sowie „die Viertel-, Halb- und Dreivierteljuden“ gemein gehabt.

52 Von Ubichs Beurlaubung 1933 war zunächst rückgängig gemacht worden, bis sie 1935 ihre Stelle endgültig verlor. Vgl. ebd., S. 100, 104.

53 Vgl. zum Schweigen der Elite zur Entrechtung der Kollegen auch Hildebrandt: Universitäten im „Dritten Reich“, S. 196 f.

54 Klibansky: Erinnerung an ein Jahrhundert, S. 91.

55 Klibansky konstatierte in der Rückschau, es habe zwar „nur wenig aktive Unterstützung der Nazis“ gegeben, aber „unter den Lehrenden keine große anti-nationalsozialistische Bewegung“, ebd., S. 89, 91.

56 Vgl. zu Hintergrund und Haltung der Professorenschaft in Heidelberg Jansen, Christian: Professoren und Politik: Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer, 1914-1935, Göttingen 1992.

57 Vgl. hierzu Moritz, Werner: Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit, in: Kohnle/Engehausen: Zwischen Wissenschaft

Bereits im November 1933 wurde diese Idee, die aus dem Umfeld der Studentenschaft der Münchener Universität, also initiativ von Hochschuleseite stammte, von Rektor Wilhelm Groh erstmals in Änderungsvorschlägen für das Promotionsrecht berücksichtigt, 1938 wurde das neue Promotionsrecht gedruckt. Mit den Ausbürgerungen stieg die Zahl der Aberkennungen – bis 1942 in Heidelberg auf insgesamt 124. Von den Betroffenen waren, so Moritz, mindestens 75 % jüdisch.⁵⁸ Der Ausschluss von der Arbeit bedeutete im Falle der jüdischen und mit jüdischen Ehepartnern verheirateten Mitglieder der deutschen Universitäten zugleich eine Exklusion aus der *scientific community*, Lebensbedrohung, schließlich, sofern es möglich war, die Flucht ins Exil, die teilweise mit einer erneuten Nichtanerkennung der vormaligen Leistung verbunden war. Einige der so von der Arbeit abgeschnittenen Personen emigrierten, andere, die etwa als „jüdisch versippt“ galten, konnten im Land selbst überleben, die überwiegende Mehrzahl der Heidelberger Dozierenden überlebte dadurch den Holocaust.⁵⁹

„... ein Unrecht wiedergutzumachen“⁶⁰? Zur Wiedereingliederung vertriebener Hochschullehrer an der Universität Heidelberg

Nach dem Ende des Nationalsozialismus sah man sich auch von Seiten der Universitäten, besonders auf Initiative der Alliierten, mit der Frage nach Kompensation und „Wiedergutmachung“ konfrontiert – einer „Wiedergutmachung“, die es naturgemäß im Sinne des Begriffs so nicht geben konnte. Eigentlich vergleichsweise einfach schien es, die unrechtmäßige Aberkennung von Dokortiteln in der NS-Zeit rückgängig zu machen. Tatsächlich wurde

und Politik, S. 540-562, bes. S. 544; Hildebrandt: Universitäten im „Dritten Reich“, S. 197.

58 Vgl. erneut Moritz: Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg, S. 545. Moritz zählt 93 Fälle und kommt so auf 75%.

59 Vgl. hierzu Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 113-184. Einige Personen überlebten trotz jüdischer Herkunft im Land, so z.B. Walter Jellinek, vgl. Kempfer, Klaus: Die Jellineks 1820-1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum, Düsseldorf 1998. Marie Baum etwa wurde zwar von der Gestapo verfolgt, jedoch nicht deportiert, vgl. Scheidle: „Eine Folge der gegen Frauen errichteten Schranken“, S. 35 ff. Die Zahl der Todesopfer beziffern Grüttner/Kinas mit zwei Personen, wobei in einem Fall ein Suizid vorlag, vgl. Grüttner/Kinas: Die Vertreibung von Wissenschaftlern, S. 174. Zum Exil der Vertriebenen vgl. Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 139-186.

60 UAV, H IV-577-2, Philosophische Fakultät. Zweites Ordinariat für Romanische Philologie (Linguistik) I, An das Präsidium des Landesbezirks Baden Abteilung Kultus und Unterricht Karlsruhe über den Rektor der Universität Heidelberg.

in Heidelberg 1946 auf Vorschlag von Walter Jellinek beschlossen, etwa die Entziehung des Doktorgrads aus politischen Gründen als unwirksam zu betrachten, ähnlich wurde dies an anderen Universitäten gehandhabt, wiewohl „Versuche, die Betroffenen im Sinne einer nachgehenden Fürsorge einzeln und mit persönlichem Anschreiben zu rehabilitieren, nicht unternommen wurde“.⁶¹ In einer Sitzung vom 30.11.1948 hatte der Engere Senat der Ruprecht-Karls-Universität beschlossen, summarisch die Aberkennung des Titels von 42 Personen, die ausgebürgert worden waren und denen der Titel zum 19.06.1940 entzogen worden war, aufzuheben.⁶² Wenige Betroffene ersuchten um Wiederzuerkennung, teilweise verliefen spätere Anläufe diesbezüglich im Sande.⁶³ Auch fehlte eine einheitliche Regelung über die jeweiligen Universitäten hinaus,⁶⁴ wie mit Entschädigungen für Entlassungen oder etwa der Aberkennung von Dokortiteln in der NS-Zeit verfahren werden sollte⁶⁵ – und Universitäten wie Heidelberg beschäftigten sich mit Fragen der „Wiedergutmachung“ für vertriebene jüdische Wissenschaftler keineswegs intensiv.

Dies korrespondiert mit der grundlegenden Haltung vieler Universitätsleitungen gegenüber den Rückrufen für exilierte Hochschullehrer: Der Wiederaufbau stand im Vordergrund und nicht das Schicksal der Ausgeschlossenen. In einigen Besatzungszonen Nachkriegsdeutschlands hatte es unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs Pläne zur Rückholung von Emigranten aus dem wissenschaftlichen Bereich gegeben, so etwa in Bayern.⁶⁶ Auch auf der Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz, die zunächst in der britischen Besatzungszone erstmals am 25./26. September 1946 abgehalten wurde und aus der die

61 Moritz: Die Aberkennung des Dokortitels, S. 551.

62 Ebd.

63 Ebd., S. 551 f.

64 So heißt es etwa hinsichtlich eines Bericht des Rektors: „In der Frage der Rehabilitation ist der Standpunkt der Regierung der, dass die zu Rehabilitierenden nur Anspruch auf Pension bzw. Emeritierung haben.“ UAH, Engerer Senat. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4 (1), Senatssitzung vom 12.03.1946.

65 Vgl. Harrecker, Stefanie: Degradierete Doktoren. Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007, S. 182 ff. Bundeseinheitliche Regelungen zur „Wiedergutmachung“ wurden erst 1952 umgesetzt.

66 In Bayern etwa gab es entsprechende Bemühungen von Seiten des Kultusministeriums, die wohl maßgebliche Vorlage waren für eine spektakuläre, aber gescheiterte Rückrufaktion auf gesamtdeutscher Ebene. Als einzige Partei im Westen rief die SPD 1952 offiziell die Emigranten zur Rückkehr auf; Anlass war die Bundestagsdebatte über die „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes“. Vgl. Krauss: Heimkehr in ein fremdes Land, S. 75 f.

Westdeutsche Rektorenkonferenz hervorging, wurde das Ziel des Rückrufs emigrierter Wissenschaftler ganz dezidiert formuliert, wenngleich eher als moralische Pflicht, „nicht als explizite Verfügung“.⁶⁷ Die Alliierten betrachteten Rückruf und Rehabilitation der Vertriebenen „nicht nur als eine moralische Notwendigkeit, sondern werteten diese als Bestandteile der demokratischen und intellektuellen Erneuerung der Universitäten.“⁶⁸ So hatte etwa der britische Direktor der Erziehungsabteilung bereits auf der Rektorenkonferenz von 1945 die „Rückberufung der von der nationalsozialistischen Regierung vertriebenen Professoren, die ihre Eindrücke, die sie im Exil gewonnen hätten, vermitteln würden“, als Aufgabe benannt.⁶⁹ Allerdings wurde die Umsetzung dieses Beschlusses den Hochschulen mit Verweis auf deren Autonomie im Wesentlichen selbst überlassen – und von deren Seite war die Rückkehr exilierter Hochschullehrer, die in Zusammenhang mit der „Selbstreinigung“ der Universitäten von belastetem Personal stand, keinesfalls ein zentrales Anliegen.⁷⁰ Das Beamtengesetz von 1946 für Baden und Württemberg sah für „[v]orwiegend aus politischen Gründen zur Ruhe gesetzte Beamte“ eine grundlegende Wiedereinsetzung vor,⁷¹ doch zunächst bezogen auf in Deutschland lebende Personen, für das Ausland gab es Sonderregelungen.⁷² Doch „rief“ etwa, wie Eike Wolgast bemerkt, „[k]ein einziger Rektor [...] öffentlich zur Solidarität mit den ins Exil getriebenen jüdischen Kollegen auf oder begrüßte die Wiedereinsetzung der in Deutschland verbliebenen, nach 1933 aus dem Amt verdrängten Dozenten.“⁷³ Eher selten wurden Rückrufe von

67 Vgl. Anikó Szabó: Verordnete Rückberufungen. Die Hochschulkonferenzen und die Diskussion um die emigrierten Hochschullehrer, in: Buchholz, Marlis/Füllberg-Stolberg, Claus/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obenaus zum 65. Geburtstag, Bielefeld 1996, S. 339-355, hier S. 345.

68 Ebd., S. 343.

69 UAH, B-0203/1, Rektorenkonferenz in Heidelberg im Jahre 1945, Rektorenkonferenz in Bünde am 17./18.12.1945, Kurzes Protokoll, Mr. Riddy, Direktor der Erziehungsabteilung der Kontroll-Kommission.

70 Vgl. Szabó: Verordnete Rückberufungen, S. 339-355; Giles, Geoffrey J: Reeducation at Heidelberg University, in: *Paedagogica Historica* 33 (1997) 1, S. 201-219, hier S. 206.

71 Gesetz Nr. 36, Beamtengesetz für Württemberg-Baden vom 19. November 1946; vgl. auch Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 196.

72 Auf Bundesebene gab es nach dem Gesetz zur Wiedergutmachung für den öffentlichen Dienst 1951 im Jahr 1952 ein weiteres Gesetz, das auch die Emigranten berücksichtigte, jedoch auch als Abschluss der Entnazifizierung gedacht war, vgl. u.a. Szabó: Verordnete Rückberufungen, S. 349 f.

73 Wolgast, Eike: Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46), Heidelberg 2001, S. 306.

Exilanten mit der Motivation begründet, „ein Unrecht der vergangenen Jahre gutzumachen“,⁷⁴ wie eingangs dieses Abschnitts mit Fragezeichen zitiert.

Im Kontext einer eher gleichgültigen Haltung vieler Universitätsleitungen stellte auch der erste Rektor der Universität Heidelberg, Karl Heinrich Bauer, keine Ausnahme dar.⁷⁵ Zwar erkannte der Senat der Universität Heidelberg schon 1946 an, dass „die Rehabilitierung auch für im Ausland befindliche, aber erreichbare Kollegen auszusprechen“ sei;⁷⁶ doch wurde die weitere Diskussion des Themas noch zwei Jahre später an die Rektorenkonferenz verwiesen.⁷⁷ Bemerkte wurde hinsichtlich der Rückrufe:

„Auf Anregung von Hrn. Bauer wird die Frage der Rückberufung von emigrierten Hochschullehrern diskutiert. Dabei ist, nach Hinweis von Hrn. Jaspers, zu scheiden die Frage der Rückberufung einzelnen [sic!] Professoren auf vakante Lehrstühle von der Frage eines generellen Aufrufs zur Rückkehr. Es wird beschlossen: die Dekane sollen Listen zusammenstellen a) derer, die allgemein für eine Rückberufung in Betracht kommen; b) die seit 1945 in einem Berufungsverfahren genannt worden oder berufen sind. Die Frage eines generellen Aufrufs wird auf Vorschlag von Hrn. Jaspers an die Rektorenkonferenz verwiesen.“⁷⁸

Tatsächlich befanden sich unter denjenigen, die maßgeblich am Wiederaufbau der Universität beteiligt waren, zwar mehrere aus „rassischen Gründen“, so etwa wegen ihrer jüdischen Ehefrauen, Entlassene, diese hatten aber zumeist vor

74 UAV, H IV-577-2, Philosophische Fakultät. Zweites Ordinariat für Romanische Philologie (Linguistik) I, Berufungsakten Kuen, Meier, An das Präsidium des Landesbezirks Baden Abteilung Kultur und Unterricht Karlsruhe über den Rektor der Universität Heidelberg. Vgl. UAH, Engerer Senat. Sitzungsprotokoll 1945-1947, B-1266/4 (1), Protokoll der Senatssitzung vom 07.08.1947. Hier ist der Fall des aus Marburg vertriebenen Romanisten Leo Spitzer gemeint, den man aus dem Exil an die Spitze der Berufungsliste für den Lehrstuhl von Walter Mönch setzte.

75 Dieser führte in einem Schreiben an die Militärregierung zwar aus, dass die Studenten „in der neuen Universität Lehrer vor sich haben [werden], die in der Nazizeit bedroht, mißhandelt und um ihrer Gesinnung willen verfolgt gewesen sind“. Damit zeichnete er ein etwas verklärtes Bild der Dozentenschaft der Nachkriegszeit, die Emigranten spielten hier zudem keine Rolle. Karl Heinrich Bauer: Schreiben des Rektors der Universität Heidelberg vom 26.08.1946 an das Military Government, Mannheim, in: ders., (Hrsg.): Vom neuen Geist der Universität. Dokumente, Reden und Vorträge 1945/46, Heidelberg 1947, S. 4-7, hier S. 6. Vgl. zur Rolle und Vorstellungen Bauers auch Remy: *The Heidelberg Myth*, etwa S. 116 ff.; Giles: *Reeducation at Heidelberg University*, bes. S. 206 ff.

76 UAH, Engerer Senat. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4 (1), Senatssitzung vom 30.11.1945; vgl. auch Mußgnug: *Vertriebene Dozenten*, S. 245.

77 UAH, Engerer Senat. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4, Senatssitzung vom 03.01.1947; vgl. auch Mußgnug: *Vertriebene Dozenten*, S. 246.

78 Ebd.

Ort überlebt, so etwa Karl Jaspers oder Otto Regenbogen.⁷⁹ Am reibungslosesten gelang eine Wiedereinsetzung in diesen Fällen. Bei den Genannten kam hinzu, dass ihre während des Nationalsozialismus eingestellten Nachfolger durch ihre Tätigkeit unter dem Regime hoch belastet waren, weshalb deren Entlassung und die Neubesetzung ihrer Lehrstühle kein Problem darstellte.⁸⁰ Marie Baum, der es gelungen war, bis Kriegsende in Heidelberg zu verbleiben, musste ihr Gehalt gegenüber der Universität erstreiten, obgleich sie direkt im September 1945 wieder einen Lehrauftrag erhalten hatte.⁸¹ Schwieriger waren Rückrufe über Zonengrenzen hinweg wie beim Kunsthistoriker August Grisebach, der vor der NS-Zeit zu den renommiertesten Vertretern seines Fachs gehört hatte und sich nach Timmendorf zurückgezogen hatte. Zudem war sein Lehrstuhl neu besetzt, und man argumentierte von Seiten der Universitätsleitung, dass der neue Lehrstuhlinhaber nicht zum Bauernopfer für das NS-Unrecht werden solle. Nach seiner Rückkehr nach Heidelberg und längeren Bemühungen wurde Grisebach 1947 zumindest rehabilitiert.⁸² In anderen Fällen verhinderten interne Querelen und Patronage von Personen, die vor Ort geblieben waren, eine Rückkehr.⁸³ Zu denjenigen, die wieder an der Universität Heidelberg lehrten, zählten schließlich die aus unterschiedlichen „Gründen“ entlassenen Dozenten Walter Jellinek, Gustav Radbruch, Karl Geiler, Hermann Hoepke, Ernst Hoffmann, Karl Jaspers, Otto Regenbogen, Marie Baum, Hans von Eckardt und Hermann Ranke; von sechs noch im Ausland lebenden Professoren kehrten drei nach Heidelberg zurück.⁸⁴

Vielfach waren Betroffene auf Initiativen aus ihrem eigenen Umfeld oder aus dem Kreis ihrer ehemaligen Kollegen angewiesen.⁸⁵ In einem Schreiben des

79 Vgl. auch Remy: *The Heidelberg Myth*, S. 142, ebenso Mußgnug: *Die vertriebenen Dozenten*.

80 Vgl. etwa für den Fall Regenbogen: UAH, *Generalia*, PA Otto Regenbogen, PA 5425, Bd. 1, Jahr: 1925-1949, Schreiben des Präsidenten des Landesbezirks Mannheim, Heidelberg, den 07.09.1945; vgl. Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, S. 202.

81 Scheidle: „Eine Folge der gegen Frauen errichteten Schranken“, S. 36. Baum engagierte sich dann besonders für die Ausbildung demokratischen Denkens unter Studierenden.

82 UAH, *Engerer Senat*. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4 (1) Senatsprotokoll 28.02.1946; Erwähnung der Reaktivierung Grisebachs auch schon etwa bei UAH, *Engerer Senat*. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4 (1), Senatssitzung vom 30.11.1945. Vgl. auch Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, S. 215.

83 Vgl. Remy: *The Heidelberg Myth*, S. 143.

84 Diese Zahlen entnehme ich Remy: *The Heidelberg Myth*, S. 142; vgl. auch Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*.

85 So schlug etwa der Philosoph Hans-Georg Gadamer vor, eine Honorarprofessur für den in der NS-Zeit nach London geflüchteten Philosophen und Juristen Adolph Hermann Friedmann einzurichten, was auch glückte; UAH, H-IV-201/3, *Philosophische*

Rektorats der Universität Heidelberg an Leonardo Olschki, den nach Italien emigrierten Romanisten,⁸⁶ hieß es, man freue sich, „Sie wieder *als einen der Unsrigen* [Hervorh. d. Verf.] begrüßen zu dürfen“.⁸⁷ Olschki, der – wie etwa auch Arnold Bergsträsser, dessen Fall indes wegen seiner problematischen Haltung im „Fall Gumbel“ noch vor der NS-Zeit etwas komplizierter lag –,⁸⁸ selbst auf seine Ansprüche aufmerksam machen musste, wurde erst im Jahr 1953 sein Lehrstuhl wieder zuerkannt. Doch kehrte er, wie die meisten exilierten Dozenten, obgleich er im Ausland oftmals nur unter erschwerten Bedingungen hatte arbeiten können, nicht nach Heidelberg zurück.⁸⁹ Ihm zustehende Versorgungsbezüge musste seine Witwe erst mühsam erstreiten.⁹⁰

Wo die direkte Wiedereinsetzung nicht gelang oder auch von den vormalig Entlassenen selbst nicht gewünscht war, strebte man nach und nach – und oft spät – an, die ehemals Vertriebenen zumindest symbolisch wieder in den Kreis der Universität aufzunehmen. So etwa erst im Jahr 1960 Helmut Hatzfeld,⁹¹ den man „in der Fakultät als Emeritus zu führen“ vorschlug. Hatzfeld betonte, es sei ihm „eine Ehre“, auch unabhängig etwa von finanziellen Erwägungen.⁹² Doch musste man bekennen: „Prof. Hatzfeld kann nach Auskunft des Kultusministeriums

Fakultät, Protokolle der Fakultätssitzungen II, 1948-1950, Protokoll der Sitzung der Philosophischen Fakultät Heidelberg am 29.11.1950.

86 Vgl. hierzu Dörner, Anke: *La vita spezzata. Leonardo Olschki: ein jüdischer Romanist zwischen Integration und Emigration*, Tübingen 2005.

87 UAH, PA 5213, Olschki, Leonardo, Herrn Prof. Dr. Leonhard Olschki, 16.12.1953.

88 In Erinnerung rief sich Arnold Bergsträsser, als man 1947 den Goethein-Gedächtnisfonds neu besetzen wollte. UAH, Engerer Senat. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4 (1), Senatssitzung vom 22.11.1947. Bergsträsser war aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem von den Studenten antisemitisch und politisch denunzierten Julius Gumbel unbeliebt und kehrte schlussendlich zwar nach Deutschland zurück, jedoch an die Universität Freiburg. Vgl. hierzu Eisfeld, Rainer: *Ausgebürgert und angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945*, Baden-Baden 2013, zum Fall Bergsträsser-Gumbel siehe S. 104 ff. Noch 1950 diskutierte man über den Fall: UAH, H-IV-201/3, Protokoll der Sitzung der Philosophischen Fakultät am 24.05.1950.

89 Vgl. Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, u.a. S. 265 ff.

90 Käte Olschki erhielt als Erbin des 1961 Verstorbenen „die diesem für die Zeit vom 1.4.1950 bis einschließlich 30.9.1953 zustehenden Entpflichtetenbezüge unter Abzug der für diese Zeit gewährten Ruhegehaltsbezüge“ nach einem Rechtsstreit zugesprochen; Kultusministerium Baden-Württemberg, HP Olschki, Leonard/21,22, Stuttgart, 17.12.1964, An das Regierungspräsidium Karlsruhe, Betr.: Festsetzung von Entpflichtetenbezügen im Wiedergutmachungsfall; hier: o. Professor Dr. Leonard Olschki, verst., Universität Heidelberg.

91 Vgl. Mußgnug: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten*, S. 65-66, 154-155, 267-269. UAH, PA 430, Philosophische Fakultät, Hatzfeld, Helmut, Aktennotiz, Betr.: Emeritierung Prof. Dr. Hatzfeld, 29.07.1960.

92 UAH, PA 430, Hatzfeld, Helmut, Aktennotiz, Betr.: Emeritierung Prof. Dr. Hatzfeld, 29.07.1960.

nicht mehr emeritiert werden, da die Wiedergutmachungsfälle seit 1956 endgültig abgeschlossen sind. Es besteht die Möglichkeit, ihn zum Honorarprofessor zu ernennen.“⁹³

Noch komplexer gestalteten sich die Fälle derjenigen Dozenten, deren Karriere durch ihre Vertreibung nach 1933 verhindert worden war. Der Wirtschaftswissenschaftler Arthur Salz, der seit 1923 an der Universität Heidelberg außerordentlicher Professor gewesen war, klagte, nach Jahren im u.a. U.S.-amerikanischen Exil,⁹⁴ in dem er schließlich auch verblieb, auf Entschädigung. Seine Begründung, er hätte im Falle einer Weiterbeschäftigung ein Ordinariat erhalten, wies die Universität 1954 zurück. „Die Fakultät“ könne „auf Grund ihrer Kenntnis die Voraussetzung des Wiedergutmachungsantrags des Herrn Prof. Salz, daß er wahrscheinlich in Heidelberg ein Ordinariat erhalten hätte, wenn nicht die nationalsozialistische Machterhebung dazwischen gekommen wäre, nicht anerkennen.“⁹⁵ Versöhnlich wurde bemerkt: „Auf der anderen Seite schätzt die Fakultät die sachliche und menschliche Qualität von Herrn Prof. Salz auf das höchste“, und man verkenne keineswegs, „daß die Möglichkeit, an einer deutschen Hochschule ein Ordinariat zu erhalten, mit dem Jahre 1933 vernichtet worden ist“. Die Universität schlug vor, Salz dennoch „eine Wiedergutmachung zu gewähren, die ihm eine Rückkehr nach Deutschland ermöglicht“,⁹⁶ und verlieh ihm 1952 die Ehrendoktorwürde. Derartige Entschädigungen durch Ehrungen wurden auch in weiteren Fällen zu einem beliebten Mittel „symbolischer Wiedergutmachung“. Briefe zeigen, dass die Verleihung der Ehrendoktorwürde und anderer Auszeichnungen für die Geehrten durchaus von hoher Bedeutung waren. Ganz entscheidend waren in diesem Kontext auch Gastprofessuren,⁹⁷ die

93 UAH, PA 430, Philosophische Fakultät, Hatzfeld, Helmut, Auszug aus dem Protokoll der Fakultätssitzung v. 21.12.1960: Prof. emeritus f. Prof. Hatzfeld.

94 Während dieser Jahre hatte man ihn noch von Nazideutschland aus zur Rückzahlung universitärer Unterstützungsgelder aufgefordert; UAH, PA 5581, Dr. Arthur Salz, Der Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht, An den Rektor der Universität in Heidelberg, 18.08.1934.

95 UAH, PA 5581, Dr. Arthur Salz, Nichtanerkennung Universität Heidelberg, Philosophische Fakultät, An den Herrn Rektor der Universität Heidelberg, 22.12.1952.

96 Ebd.

97 Vgl. auch UAH B-7038/1, Universität Heidelberg, Generalia, Feierlichkeiten, Vorträge aussereuropäischer Professoren, 1949-1952, Universität Heidelberg, Philosophische Fakultät, Heidelberg, den 07.12.1949, An den Herrn Rektor der Universität Heidelberg, Betr. Austauschprofessoren aus U.S.A. Hier wird auf der Liste der Professoren, die man für eine Gastprofessur gerne berücksichtigen wolle, u.a. der aus Göttingen vertriebene Altphilologe Hermann Fraenkel genannt, dazu der Historiker Hans Rothfels oder der renommierte Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich, der in Heidelberg promoviert hatte, allerdings schon vor der NS-Zeit in die USA ausgewandert war.

mehrere der ehemals vertriebenen jüdischen Wissenschaftler wahrnahmen.⁹⁸ Man kam den Eingeladenen dabei oft entgegen, so etwa, wenn diese aufgrund der Lehrverpflichtung in den USA nicht zu Beginn eines Semesters in Heidelberg eintreffen konnten; ferner versuchte die Universität, ihnen angemessene Honorare zu bieten.⁹⁹ Auf diesem Wege suchte man auch danach, mögliche Kandidaten für Lehrstühle enger an die Universität zu binden.¹⁰⁰

Doch die hier vorgestellten Maßnahmen blieben meist symbolischer Natur. Und der Bruch, den das Jahr 1933 unwiderruflich brachte, zeigt sich auch darin, dass man sich schlicht nicht an alle erinnerte, die der Universität verloren waren, zumal nicht, wenn es sich etwa nicht um Dozenten und Professoren, sondern etwa Sponsoren der Universität handelte, wie im Fall des Ehrendoktors Nathan Wolffson.¹⁰¹ Nach dessen Tod in Israel schlug der Bruder des Verstorbenen der Universität Heidelberg die Schaltung einer Traueranzeige vor, woraufhin hektische Betriebsamkeit ausbrach, da über Wolffson zunächst nichts mehr bekannt war. Schließlich verfasste die Universität eine Anzeige, deren Inhalt sie sich von

- 98 So etwa auch Helmut Hatzfeld. Eine Ehrung der Universität Heidelberg erhielt auch der 1935 wegen seiner „nichtarischen“ Herkunft entlassene Professor für römisches Recht Ernst Levy, der in die USA emigriert war. UAH, H-IV-201/3, Fakultäts-Sitzung vom 06.07.1949. Vgl. auch Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 58-61, 115, 122-124, 248-252. Levy hatte auf eine Anfrage von Gustav Radbruch, ob er bereit sei, nach Heidelberg zurückzukehren, um Bedenkzeit gebeten und gefragt, ob man das Rad der Geschichte denn zurückdrehen könne. Doch sein ehemaliger Lehrstuhl war bereits durch seinen Freund Wolfgang Kunkel besetzt. Vgl. Mußnug, Dorothee (Hrsg.): Ernst Levy und Wolfgang Kunkel – Briefwechsel 1922-1968, Heidelberg 2005, S. 12.
- 99 Vgl. z.B. UAH B-7038/1, Universität Heidelberg, Generalia, Feierlichkeiten, Vorträge aussereuropäischer Professoren, 1949-1952, Brief an Herrn Professor Carl J. Friedrich, Harvard University, 14.04.1950.
- 100 Dies gelang etwa bei Karl Löwith, der später eine Professur für Philosophie in Heidelberg akzeptierte, er war in den Jahren zuvor als Gastprofessor nach Heidelberg eingeladen worden, so von Juni bis August 1950; vgl. z.B. Antwort auf die Anfrage des DAAD vom 03.01.1951 [handschriftl.], UAH, H-IV-504/1, Philosophische Fakultät, Gastprofessoren (vor allem aus dem Ausland), 1947-1966; nicht jedoch im Fall Hans Rothfels, vgl. UAH, H-IV-504/1, Philosophische Fakultät, Gastprofessoren (vor allem aus dem Ausland), An den Herrn Rektor der Universität Heidelberg. 15.09.1948; vgl. hierzu auch Eckel, Jan: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005. Erst 1951 nahm der einflussreiche Historiker auf Vermittlung seiner Schüler einen Ruf an die Universität Tübingen an, siehe auch Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 282.
- 101 UAH B-1523/8, Universität Heidelberg, Ehrenpromotionen. Einzelfälle, 1944-1954, Herrn Prof. Dr. Ritter, Dekan der Medizinischen Fakultät, betr. Ehrenpromotion des Nathan Wolffsohn; sowie Wolffsohn-Export: An den Herrn Rektor der Universität Heidelberg, 06.11.1953, etc.

den Verwandten ihres ehemaligen Ehrendoktors weitgehend vorgeben ließ.¹⁰² Neben möglichen Gründen für diese Haltung der Universität, zu der eventuell auch Gleichgültigkeit und Verdrängung beitrugen, verweist das Beispiel auf die Bedeutung von Nähe und Ferne, wie schon ersichtlich war bei Fragen der Wiedereinsetzung, die dort eher gelang, wo Betroffene vor Ort überlebt hatten: Denn zentral ist auch zu bemerken, dass vielerorts – und so auch in Heidelberg – die Situation der „Ostvertriebenen“, die nun ins Land kamen, und die Aufgabe der Eingliederung der „Flüchtlingsprofessoren“¹⁰³ aus den ehemals deutschen Gebieten, eine drängende und unmittelbare Sorge war, die jene um die Emigrierten, die ja meist nicht mehr vor Ort waren, weit überlagerte.

„Ruhe und Freiheit für meine Arbeit“¹⁰⁴: zur Haltung der vertriebenen Intellektuellen

Neben den materiellen und immateriellen Kompensationen für erlittenes Unrecht spielte für die vertriebenen Intellektuellen auch die Sensibilität des Arbeitsumfelds hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit eine wichtige Rolle. So antwortete etwa der im U.S.-amerikanischen Exil lebende, bereits zuvor erwähnte Helmut Hatzfeld auf ein Glückwunschsreiben des Rektorats der Universität Heidelberg: „Ich schätze die ‚Echtheit‘ Ihres Textes [...] auch weil ich von der Echtheit Ihrer Haltung wegen und während der Schreckensjahre, wie Sie sagen, [...] gehört hatte“.¹⁰⁵ Aus den großmütigen Zeilen

102 Ebd.

103 UAH, B-0203/1, Universität Heidelberg, Generalia: Rektorenkonferenz in Heidelberg im Jahre 1945, Rektorenkonferenzen in Göttingen u. Bünde; Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz, Sonst. Tagungen in anderen Besatzungszonen, 1945-1946, Programm für die Rektorenkonferenz in Heidelberg am 10. und 11. November 1945, Heidelberg, den 25. Oktober 1945. Der Verweis auf die Ostvertriebenen findet sich auch an zahlreichen weiteren Orten.

104 Jaspers, Karl: Von Heidelberg nach Basel, in: Süß, Peter (Hrsg.): 1945. Befreiung und Zusammenbruch. Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, München 2005, S. 60-69, hier S. 61, S. 66 f.

105 UAH, PA 4096, Hatzfeld, Helmut, Handschriftl. Brief von Hatzfeld an S. Magnifizenz Herrn Professor Dr. Fritz Ernst, 04.11.1962. Wie nervös diesbezüglich die Atmosphäre teilweise war, zeigt etwa ein Eklat von Anfang 1946 um Rektor Bauer, dem von Seiten der Militärregierung die Äußerung zugeschrieben wurde, „er wolle die Universität doch zu keinem Judenghetto machen“. UAH, Engerer Senat. Sitzungsprotokolle 1945-1947, B-1266/4 (1), Senatssitzung vom 22.02.1946. Die Vorwürfe wurden im Folgenden offenbar ausgeräumt. Kurz nach dem Ende der NS-Herrschaft fürchtete man auf Seiten der Universitätsleitung eine erneute Radikalisierung der Studentenschaft, eine Sorge, die auch von der Militärregierung geteilt wurde. UAH, B-0203/1, Universität

Hatzfelds spricht auch – und womöglich vor allem – der Wunsch nach einer real wohl nicht immer vorhandenen Aufrichtigkeit der Aufarbeitung, und die von ihm verwandten Begriffe wie „Schreckensjahre“ bauen mit einiger Eleganz den nicht Verfolgten eine diplomatische Brücke. Unter der Oberfläche höflichen Austauschs waren viele der vertriebenen Dozenten jedoch langfristig erschüttert und blieben skeptisch hinsichtlich eines Lebens im Land der Täter. Jüdische Gelehrte fragten sich, wie sie mit einer in der NS-Zeit erzogenen studentischen Elite zusammenarbeiten sollten.¹⁰⁶ Diese Furcht war nicht nur unbegründet. So heißt es etwa über eine Vorlesung unmittelbar nach Kriegsende hinsichtlich der Haltung der Studenten:

„In a medical lecture, Professor SPAN mentioned a specific disease affecting only Jews. He said, ‘Unfortunately, we cannot observe this disease here any more, as the Jews are – ‘At his point, the Professor was interrupted by raucous laughter and trampling of feet. The Professor’s only answer was a weak gesture; no attempt was to stop the uproar.’¹⁰⁷

Auch die Biologin von Ubisch fragte sich etwa, ob „ein Volk, das dem Nationalsozialismus mit solcher Begeisterung angehört hatte, nun plötzlich demokratisch gesinnt sein würde.“¹⁰⁸ Ihre Rückkehr verlief dann zwar durchaus „liebenswert“,¹⁰⁹ doch die im Exil erworbenen Kenntnisse – „ich hätte ja schließlich allerhand biologisch und ethnographisch Interessantes erzählen können“ – schienen in ihrem ehemaligen Forschungsinstitut kaum zu interessieren, vielleicht auch, so ihre Vermutung, auf Grund der Befürchtung, sie könnte „eine Bemerkung darüber machen [...], weswegen ich ins Ausland gehen musste“.¹¹⁰

Das Schweigen, wir haben es gesehen, war ein probates Mittel nach 1945, um sich nicht auseinandersetzen zu müssen. Die erstaunliche Leichtigkeit, mit

Heidelberg, Generalia: Rektorenkonferenz in Heidelberg im Jahre 1945, Der Rektor der Universität Heidelberg To Military Government LKB, Heidelberg, 09.09.1945. Siehe auch z.B. Universität Heidelberg, Theologische Fakultät, Der Dekan, Leitsätze für die Rektorenkonferenz: „Fürsorge für den akademischen Nachwuchs“, Heidelberg, 31.10.1945; Detachment Headquarters Seventh Army APO 758 U.S. Army, 23 February 1946, in: Heß/Lehmann/Sellin (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 418-427, hier S. 424.

106 Vgl. Mußgnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten, S. 275 f.

107 307th Counter Intelligence Corps Detachment Headquarters Seventh Army APO 758 U.S. Army, 23 February 1946, in: Heß/Lehmann/Sellin (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 418-427, hier S. 424.

108 Vgl. Richter/Schlechter (Hrsg.): Zwischen allen Welten, S. 176.

109 „Der Verwaltungsdirektor, der ja von anderen Fällen Erfahrung haben musste, erklärte es für selbstverständlich, dass ich als nazigeschädigt eine sehr ausreichende Entschädigung und Pension erhalten würde, und zwar in kürzester Zeit.“ Ebd., S. 177.

110 Ebd., S. 178.

der die Deutschen den Nationalsozialismus plötzlich abzuschütteln schienen, war natürlich nicht nur eine Haltung der Heidelberger Dozenten, die im NS gelehrt hatten – sondern bestimmend für die Atmosphäre der Nachkriegszeit, die gerade jüdischen Exilanten nachgerade unheimlich erscheinen musste und die Hannah Arendt treffsicher beschrieben hat, die angesichts ihrer ersten Reise ins Deutschland der Trümmerzeit im Jahr 1945 bemerkte, es gebe „keine Reaktion auf das Geschehene“.¹¹¹ Bringe sie zum Ausdruck, dass sie Jüdin sei, so folge „in der Regel eine kurze Verlegenheitspause“, doch danach „kein Anzeichen von Mitleid“, sondern Rührseligkeit und Selbstmitleid der nichtjüdischen Deutschen.

Ebenso bedrückte Arendts enger Freund Karl Jaspers diese „Gleichgültigkeit, mit der man dem Judenmassenmord“¹¹² in der Mehrheitsgesellschaft gegenüberstehe. Jaspers betonte: „Und schließlich möchte ich Ruhe und Freiheit für meine Arbeit [Hervorh. B.H.], die doch meine einzige objektive Verpflichtung sei“.¹¹³ Es war also genau die Möglichkeit, „zurück an die Arbeit“ zu gehen, die für die in der NS-Zeit Verfemten durch den Zivilisationsbruch selbst, wie aber auch durch den Umgang mit diesem, erschwert, wenn nicht verunmöglicht wurde. Gerade diesbezüglich empfand Jaspers Isolation, es sei der „Abstand in der Denkungsart zwischen meinen Kollegen und mir“ zu groß.¹¹⁴ In seiner berühmten Vorlesung „Die Schuldfrage“¹¹⁵ mahnte er, die Deutschen müssten nach der NS-Zeit „in der Kommunikation zueinander finden.“¹¹⁶ Zwar waren Kollegen wie Alexander Mitscherlich, der später mit der „Unfähigkeit zu trauern“¹¹⁷ seinerseits einen wichtigen Beitrag zur Reflexion über die Folgen der NS-Vergangenheit leisten sollte, erleichtert und enthusiastisch über den

111 Arendt, Hannah: Besuch in Deutschland, in: Süß: 1945, S. 32-37, hier S. 33. Arendt sah dies als Ausdruck von „Gefühlsunfähigkeit“ an, als Ausdruck einer „gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen“.

112 Jaspers: Von Heidelberg nach Basel, S. 61, hier S. 66 f.

113 Ebd., S. 67.

114 Ebd., S. 61, hier S. 67.

115 Jaspers, Karl: Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands, München 2016. Jaspers selbst beklagte: „Bei uns erfuhr die Schrift – deren Absatz gering war – Ablehnung (auch bei meinen Heidelberger Kollegen), manchmal Schmähungen.“ Jaspers: Von Heidelberg nach Basel, hier S. 61.

116 Jaspers: Die Schuldfrage, S. 15. In seinem persönlichen Lebensbereich zog er hinsichtlich der Möglichkeit einer solchen Kommunikation Grenzen, so etwa, was seinen intellektuellen Freund, den Philosophen und kurzzeitigen „Führer“ der Universität Freiburg Martin Heidegger betraf, dem er, anders als Hannah Arendt, dessen Rolle als Rektor der „Führeruniversität“ Freiburg 1933/34 nicht verzieh. Vgl. auch Jaspers, Karl: Notizen zu Martin Heidegger, München 1978, bes. S. 104, 135.

117 Vgl. Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968.

nahezu singulären Ansatz von Jaspers, die Deutschen mit den zentralen Fragen der Schuld zu konfrontieren. Doch berichtete man von Seiten der U.S.-Amerikaner, dass zeitweise Studenten die Ausführungen Jaspers mit subtilem Protest wie Gelächter und Fußgetrappel quittierten.¹¹⁸ Jaspers siedelte schließlich Anfang der 1950er-Jahre in die Schweiz über.¹¹⁹

Bruchlinien blieben nach 1945 nicht nur zwischen ehemaligen Kollegen bestehen, sondern auch im Verhältnis der vertriebenen Universitätsmitglieder zu ihrer Arbeit. Für Gerda von Ubisch stand trotz Rückkehr der massive Einschnitt in ihrer Karriere durch die Zeit des Nationalsozialismus im Vordergrund, sie konnte ihre „alte Stelle nicht wiederhaben, kam also nicht in einen vertrauten und geschlossenen Kreis mit [...] [ihren] Aufgaben“ und war „viel zu lange aus dem wissenschaftlichen Arbeiten heraus“.¹²⁰ Andere ehemalige Universitätsmitglieder waren in ihrem wissenschaftlichen Ansatz nach 1945 nicht mehr modern genug beziehungsweise es fehlte ihnen die Kontinuität der Einbindung in die *scientific community* auch in fachlicher, nicht nur institutioneller Hinsicht.¹²¹ Raymond Klibansky wurde durch die Möglichkeit zur Fortführung seiner Arbeit im Exil,¹²² die er als positive Chance ansah, von einer endgültigen Rückkehr abgehalten. Doch Klibanskys Hauptwerk „Saturn und Melancholie“¹²³ war in der Nazizeit zunächst zerstört worden, es „konnte nicht mehr gedruckt werden“,¹²⁴ wie ihm sein Verleger, als Klibansky in britischer Uniform nach Deutschland kurzzeitig zurückgekehrt war, „[u]nter Tränen“ erklärte.¹²⁵ Das Buch musste auf Grundlage der „erhalten gebliebenen Erstentwürfe“ ins Englische übersetzt werden.¹²⁶ So war der Arbeit der jüdischen Intellektuellen, welche überlebt hat-

118 Vgl. u.a. Mark W. Clark: A Prophet without Honor: Karl Jaspers in Germany, 1945-48, in: *Journal of Contemporary History*, 37 (2002) 2, S. 197-222, hier S. 211.

119 Beyme: Karl Jaspers. Laut von Beyme entstanden gerade in der Zeit des Wiederaufbaus wesentliche, später ausgearbeitete Gedanken von Jaspers in nuce. Vgl. ebd., S. 130.

120 Richter/Schlechter: Zwischen allen Welten, S. 175.

121 So deutet dies Maurer: August Grisebach, S. 11. Grisebachs Forschungsansatz sei, so stellt dies Maurer dar, nach 1945 nicht mehr „en vogue“ gewesen – paradoxerweise, weil Grisebach Begrifflichkeiten verwendet habe, die dann von den Nationalsozialisten pervertiert worden und daher nach dem Zweiten Weltkrieg in der Kunstgeschichte verschwunden seien.

122 Vgl. Klibansky: Erinnerung an ein Jahrhundert, S. 107 ff.

123 Klibansky, Raymond/Panofsky, Erwin/Saxl, Fritz: Saturn und Melancholie: Studien zur Geschichte der Naturphilosophie und Medizin, der Religion und der Kunst, Frankfurt am Main 1990.

124 Klibansky: Erinnerung an ein Jahrhundert, S. 140.

125 Ebd., S. 141.

126 Ebd., S. 142.

ten, auch dort, wo sie sich als erfolgreich erweisen sollte, dennoch ein Verlust eingeschrieben.

Als ambivalent stellten sich das Exil und der Bruch, den die NS-Zeit markierte, auch für den Philosophen Karl Löwith dar, der 1952 einen Ruf an die Universität Heidelberg annahm: Für ihn ließ sich die Zeit des Nationalsozialismus in gewisser Hinsicht in sein Denken etwa über den „Sinn der Geschichte“ integrieren, war seine intellektuelle Tätigkeit im eigenen Selbstverständnis doch eher von Kontinuität geprägt.¹²⁷ Hierbei war auch von Bedeutung, dass Löwith sich zu einer Gruppe – der Juden – gezählt fühlte, ohne dass er selbst diese Identität als zentral verstand: „1933 verlangte von mir keine Entscheidung“.¹²⁸ Mit seiner Rückkehr nach Deutschland nach immerhin 18 Jahren fand er „trotz allem, was inzwischen geschehen war, die Universitätsverhältnisse merkwürdig unverändert vor [...]“.¹²⁹ Das japanische Exil hatte er auch als Bereicherung erfahren,¹³⁰ ebenso das Erlernen des Englischen als neuer (Arbeits-)Sprache, wengleich er bescheiden bekannte: „Eine gewisse Lockerheit der Darstellung ergab sich wie von selbst daraus, daß diese Arbeit ursprünglich im Blick auf amerikanische Leser geschrieben und in einer Sprache gedacht wurde, die sich der Verfasser erst selbst zu eigen machen musste.“¹³¹ Dieser beiläufige Satz macht aber auch klar, welche Leistung es für die geflüchteten Intellektuellen bedeutete, sich in einem neuen wissenschaftlichen und lebensweltlichen Umfeld zu integrieren. Auch Löwith zeigte sich nach seiner Rückkehr dabei durchaus sensibel gegenüber der Entwicklung der Universität – so wenn er in einem SPIEGEL-Gespräch von 1969¹³² bemerkte, er finde es erschreckend, dass

127 Vgl. Kagel, Martin: Heillose Historie – Sinn der Geschichte und geschichtlicher Sinn in Autobiographie und Geschichtstheorie Karl Löwiths, in: Hartung, Gerald/Schiller, Kay (Hrsg.): Weltoffener Humanismus. Philosophie, Philologie und Geschichte in der deutsch-jüdischen Emigration, Bielefeld 2006, S. 35-53.

128 Die Entscheidung nämlich „ergab sich zwangsläufig von selbst durch die jetzt vergessenen, aber 1935 möglich gewesen und im Handumdrehen ausgeführten Nürnberger Gesetze.“ Löwith, Karl: Curriculum vitae (1959), in: ders.: Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht, Stuttgart 2007, S. 182-194, hier S. 186.

129 Ebd.

130 Ebd.

131 Löwith, Karl: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1979, S. 7 (Vorwort, Heidelberg, im Sommer 1952). Leonardo Olschki, der allerdings, so muss angemerkt werden, selbst mit mehrfachen Muttersprachen aufgewachsen war, schrieb nach 1933 auf Italienisch und nicht mehr in der deutschen Sprache.

132 Wozu heute noch Philosophie? SPIEGEL-Gespräch mit dem Philosophen Karl Löwith, in: Der SPIEGEL, 43 (1969), S. 204-211. Bis auf die zitierte Bemerkung Löwiths bleiben dessen Erfahrungen im Exil und mit der nationalsozialistischen Universität aus der Unterhaltung ausgespart.

bei den „SDS-Studenten etwa, mit einem doktrinären und dogmatischen Pathos Reden gehalten werden, wie ich sie aus der Nazi-Zeit kannte“.¹³³ Im Kontext des Gesprächs mit den Reportern wird auch der Zusammenhang zwischen Löwiths Erfahrung und seiner intellektuellen Ansicht sichtbar, dass die moderne Philosophie sich von Pathos und Politisierung befreien sollte.¹³⁴ Löwith war nicht der einzige jüdische Remigrant, der in Sprache und Duktus der sich radikalierenden Studierenden der 1960er-Jahre ein Echo des „Dritten Reichs“ wahrzunehmen glaubte, auch andere sahen sich so erneut in ihrer wissenschaftlichen Arbeit behindert – hier wurde ein Bruch zwischen Mehrheitsgesellschaft und verfolgter Minderheit erneut und mit anderen Vorzeichen sichtbar.

Ausblick

Der aus Tübingen vertriebene Geschichtsprofessor Hany Mayer bemerkte 1985 rückblickend, in Bezug auf die Emigranten sei „nichts unternommen“ worden, „um die Verjagten zurückzuholen.“ Mayer führte dies zu der resignativen Aussage: „Ich meine immer noch, daß die neugegründete Bundesrepublik Deutschland eine große Stunde der Menschlichkeit versäumt hat. Man hat sie nicht zurückgeholt, kam gar nicht auf den Gedanken.“¹³⁵ Tatsächlich gab es nach dem Ende der Nazi-Ära unterschiedliche Wege, mit dem Unrecht der Jahre zuvor kompensatorisch umzugehen, so die Ungültigerklärung der Aberkennung von Titeln, finanzielle Kompensationen für Berufsverbote oder eben die Rückberufung der Entlassenen. All diese Mittel wurden eher auf Druck von außen, von Seiten der Alliierten, sukzessive und unzureichend genutzt, wie am Beispiel Heidelbergs gezeigt wurde.

Universitätsgeschichte ist Teil der – in diesem Fall – Zeitgeschichte, und das Klima der Nachkriegszeit war bis in die 1960er-Jahre von der Trias geprägt, die sich auch hier zeigt: einmal dem Herunterspielen des Geschehenen, dann der schlichten Ausklammerung, schließlich zaghaften Versuchen einer „Wiedergutmachung“, die oftmals halbherzig und auf symbolischem Wege erfolgten. Es gab allerdings, dies sollte hier am Beispiel Heidelbergs deutlich werden, unterhalb der direkten Ebene vollständiger Rehabilitation und dauerhafter Rückkehr

133 Ebd., S. 211.

134 Ebd.

135 Als der Krieg zu Ende war. Wir haben uns zu rasch mit der Vergangenheit eingerichtet, in: DIE ZEIT, 01.02.1985. Mayer zählt die Möglichkeiten auf, die es gegeben hätte, wenn er bemerkt: „Nicht in Form individueller Berufung, sondern in einer symbolischen deutschen Entscheidung, ohne Rücksicht auf Erfolg oder Bereitschaft der Angerufenen zur Rückkehr.“

Möglichkeiten, den Kontakt zwischen ehemaligen Angehörigen der Universität und ihrer *Alma Mater* nicht vollständig und für immer zu beenden. Oftmals versuchte man von Seiten der Universität, durch die Einladung als Gastprofessor etwa, ein späteres Bleiben der Eingeladenen oder eine dauerhafte akademische Verbindung zu ermöglichen. Diese Initiativen dürfen nicht allein als ein – womöglich peinliches – Feigenblatt gescheiterter Entschädigung missverstanden werden, was sie teilweise selbstredend auch waren. Zugleich markierten etwa Ehrendoktorwürden eine symbolische Wiederzugehörigkeit, deren Effekt nach außen und auf die betroffenen Wissenschaftler selbst durchaus nicht ohne Wirkung blieb.

Die Variationen der „Rückkehr“ – oder Nicht-Rückkehr – an die Arbeit, die in diesem Beitrag nur paradigmatisch angesprochen werden konnten, zeigen aber, dass die zum Mitglied einer „rassisch“ unerwünschten Minderheit erklärten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Heidelberg nicht bruchlos an die Zeit vor 1933 anknüpfen konnten. Auch wenn bei vielen der Entlassenen sicherlich Deutschland ein Bezugspunkt ihres Denkens blieb, kehrte die ganz überwiegende Mehrheit nicht zurück. Dabei spielten, wie hier gezeigt, institutionelle Hindernisse eine Rolle, hinzu kam ein Misstrauen gegenüber Deutschland, Furcht vor einer Kontinuität nationalsozialistischen Denkens oder auch eine neue Tätigkeit im Exilland. Neben den äußeren Fragen der Zugehörigkeit zu Kollegen und zur Institution war entscheidend, wie in der intellektuellen Auseinandersetzung selbst der Bruch, den der Nationalsozialismus markierte, reflektiert wurde. Die Remigranten oder diejenigen, die vorübergehend zurückkehrten, hatten einen spezifischen Blick auf die Atmosphäre der Nachkriegszeit, die häufig vom Beschweigen der NS-Zeit geprägt war, wie sich auch in der Kommunikation der Universitäten zeigte. Dies wirkte sich auf die intellektuelle Arbeit in mehrfacher Weise aus: indem sie teilweise als nahezu unerträglich empfunden wurde, wie im Falle von Jaspers; indem das Beschweigen der Geschichte auch für Rückkehrer ein Anknüpfen erschwerte, da ihr Schicksal ja unumstößlich symbolisierte, was geschehen war, so wie es von Ubusch beschrieben hat; oder auch, noch lange nach der unmittelbaren Nachkriegszeit, indem Kontinuitäten vermutet wurden: So waren gerade jüdische Remigranten hellhörig, was die Untiefen der Radikalisierung der Studenten der 1960er-Jahre betraf. Noch immer finden sich vergleichsweise wenige Studien, die sich mit dem Verbleib der jüdischen Intellektuellen nach der Zeit des Exils beschäftigen und die damit auch einen Eindruck davon geben, welche geistesgeschichtlichen Traditionen in Deutschland 1933 unterbrochen beziehungsweise beendet wurden. Heidelberg scheint ein prägnantes Beispiel zu sein, weil hier der liberale Ruf, eine scheinbar für den Nationalsozialismus kaum anfällige Professorenschaft und andererseits die rasche Durchsetzung der Rassegesetze nebeneinandertraten. Gleichzeitig hatte die Universität u.a. mit

Karl Jaspers einen der wenigen Vertreter der Ausgeschlossenen vorzuweisen, die nicht nur nach 1945 eine bedeutende Rolle spielten, sondern auch auf das, was geschehen war, deutlich hinwiesen und dabei die NS-Zeit in ihr in diesem Falle philosophisches Denken, also in ihre Arbeit, reflexiv integrierten.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah: Besuch in Deutschland, in: Süß, Peter (Hrsg.): 1945. Befreiung und Zusammenbruch. Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten, München 2005, S. 32-37.
- Barḳai, Avraham: Jüdische Minderheit und Industrialisierung: Demographie, Berufe und Einkommen der Juden in Westdeutschland 1850-1914, Tübingen 1988.
- Bauer, Karl Heinrich (Hrsg.): Vom neuen Geist der Universität. Dokumente, Reden und Vorträge 1945/46, Heidelberg 1947.
- Baum, Marie: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950.
- Benz, Wolfgang: Emil J. Gumbel. Die Karriere eines deutschen Pazifisten, in: Walberer, Ulrich (Hrsg.): 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen, Frankfurt 1983.
- Beyme, Klaus von: Karl Jaspers – Vom philosophischen Außenseiter zum Praeceptor Germaniae, in: Heß, Jürgen C./Lehmann, Hartmut/Sellin, Volker (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 130-149.
- Christmann, Hans Helmut: Deutsche Romanisten als Verfolgte des Nationalsozialismus – Vermächtnis und Verpflichtung, in: Christmann, Hans Helmut/Hausmann, Frank-Rutger (Hrsg.): Deutsche und österreichische Romanisten als Verfolgte des Nationalsozialismus, Tübingen 1989, S. 249-262.
- Mark W. Clark: A Prophet without Honor: Karl Jaspers in Germany, 1945-48, in: Journal of Contemporary History, 37 (2002) 2, S. 197-222.
- Dörner, Anke: La vita spezzata. Leonardo Olschki: ein jüdischer Romanist zwischen Integration und Emigration, Tübingen 2005.
- Eckart, Wolfgang/Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006.
- Eckel, Jan: Hans Rothfels. Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2005.
- Eisfeld, Rainer: Ausgebürgert und angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945, Baden-Baden 2013, 2. Auflage.
- Gerhardt, Uta: Die Amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945-1946, in: Heß, Jürgen C./Lehmann, Hartmut/Sellin, Volker (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 28-52.

- Giles, Geoffrey J: Reeducation at Heidelberg University, in: *Paedagogica Historica* 33 (1997) 1, S. 201-219.
- Giovannini, Norbert: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten, 1918-1945, Weinheim 1990.
- Grüttner, Michael/Kinas, Sven: Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Zeitgeschichte*, 55 (2007) 1, S. 123-186.
- Harrecker, Stefanie: Degradierete Doktoren. Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007.
- Harthorne, Edward Y.: *The German Universities and National Socialism*, London 1937.
- Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Die im Dritten Reich entrechteten und vertriebenen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Biographische Porträts*, Heidelberg 2009.
- Heß, Jürgen C./Lehmann, Hartmut/Sellin, Volker (Hrsg.): *Heidelberg 1945*, Stuttgart 1996.
- Hildebrandt, Klaus: Universitäten im „Dritten Reich“. Eine historische Betrachtung, in: Kohnle, Armin/Engehausen, Frank (Hrsg.): *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte*, Stuttgart 2001, S. 194-203.
- Jansen, Christian: Der „Fall Gumbel“ und die Heidelberger Universität 1924-32, Heidelberg 1981, abrufbar unter: <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/13154/1/jansen.pdf> [Zugriff: 01.08.2016].
- Jansen, Christian: *Professoren und Politik: Politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer, 1914-1935*, Göttingen 1992.
- Jaspers, Karl: *Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands*, München 2016, 2. Auflage.
- Jaspers, Karl: *Notizen zu Martin Heidegger*, München 1978.
- Jaspers, Karl: Von Heidelberg nach Basel, in: Süß, Peter (Hrsg.): *1945. Befreiung und Zusammenbruch. Erinnerungen aus sechs Jahrzehnten*, München 2005, S. 60-69.
- Kagel, Martin: Heillose Historie – Sinn der Geschichte und geschichtlicher Sinn in Autobiographie und Geschichtstheorie Karl Löwiths, in: Hartung, Gerald/Schiller, Kay (Hrsg.): *Weltoffener Humanismus. Philosophie, Philologie und Geschichte in der deutsch-jüdischen Emigration*, Bielefeld 2006, S. 35-53.
- Kempton, Klaus: *Die Jellineks 1820-1955. Eine familienbiographische Studie zum deutschjüdischen Bildungsbürgertum*, Düsseldorf 1998.
- Klibansky, Raymond: *Erinnerung an ein Jahrhundert. Gespräche mit Georges Leroux*, Freiburg 2001.

- Klibansky, Raymond/Panofsky, Erwin/Saxl, Fritz: Saturn und Melancholie: Studien zur Geschichte der Naturphilosophie und Medizin, der Religion und der Kunst, Frankfurt am Main 1990.
- Krauss, Maritta: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001.
- Löwith, Karl: Curriculum vitae (1959), in: ders.: Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht, Neuausgabe, Stuttgart 2007, S. 182-194.
- Löwith, Karl: Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1979, 7. Auflage.
- Lühe, Irmela von der/Schildt, Axel/Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): „Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“. Jüdische Remigration nach 1945, Göttingen 2008.
- Martin, Bernd: Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Freiburger Universitätsblätter. Schicksale. Jüdische Gelehrte an der Universität Freiburg in der NS-Zeit, 3 (1995) 129, S. 7-46.
- Maurer, Golo: August Grisebach (1881-1950). Kunsthistoriker in Deutschland. Mit einer Edition der Briefe Heinrich Wölfflins an Grisebach, Mainz 2007.
- Mitscherlich, Alexander: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968.
- Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.
- Moritz, Werner: Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit, in: Kohnle, Armin/Engehausen, Frank (Hrsg.): Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte, Stuttgart 2001, S. 540-562.
- Muller, Jerry Z.: How Vital was the Geist in Heidelberg in 1945? Some Skeptical Reflections, in: Heß, Jürgen C./ Lehmann, Hartmut/Sellin, Volker (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996, S. 197-202.
- Mußnug, Dorothee: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988.
- Mußnug, Dorothee (Hrsg.): Ernst Levy und Wolfgang Kunkel. Briefwechsel 1922-1968, Heidelberg 2005.
- Steven P. Remy: The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University, Cambridge 2002.
- Richter, Susan/Schlechter, Armin: Zwischen allen Welten. Die Lebenserinnerungen der ersten Heidelberger Professorin Gerta von Ubisch, Memmingen 2011.
- Schaffrodt, Petra/Dörflinger, Gabriele (Hrsg.): Juden an der Universität Heidelberg. Dokumente aus sieben Jahrhunderten, Heidelberg 2012.
- Scheidle, Ilona: „Eine Folge der gegen Frauen errichteten Schranken“. Marie Baum (1874-1964), in: Bitterolf, Markus/Schlaudt, Oliver/Schöbel, Stefan

- (Hrsg.): *Intellektuelle in Heidelberg 1910-1933. Ein Lesebuch*, Heidelberg 2014, S. 27-44.
- Szabó, Anikó: *Verordnete Rückberufungen. Die Hochschulkonferenzen und die Diskussion um die emigrierten Hochschullehrer*, in: Buchholz, Marlis/Füllberg-Stolberg, Claus/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obenaus zum 65. Geburtstag*, Bielefeld 1997, 2. Auflage, S. 339-355.
- Vezina, Birgit: *Die „Gleichschaltung“ der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Heidelberg 1982.
- Wennemuth, Udo: *Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik*, in: Blum, Peter (Hrsg.): *Geschichte der Juden in Heidelberg*, Heidelberg 1996.
- Wiesing, Urban/Brintzinger, Klaus-Rainer/Grün, Bernd/ Junginger, Horst/Michl, Susanne (Hrsg.): *Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus*, Stuttgart 2010.
- Wolgast, Eike: *Die Universität Heidelberg 1386-1986*, Heidelberg 1986.
- Wolgast, Eike: *Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46)*, Heidelberg 2001.